

Antrag

der Abgeordneten Mag.^a Collini, gemäß § 32 LGO 2001

betreffend: **„Abschaffung der automatischen Anhebung der Einkünfte aus Landtagsmandaten für die restliche Legislaturperiode“**

Steuergeld ist das Geld von uns Bürger_innen, umso sparsamer, zweckmäßiger und wirtschaftlicher hat die Politik im Sinne ihrer besonderen Garantenstellung mit diesen Mitteln umzugehen.

In Zeiten einer Krise in der hunderte Tausende Menschen arbeitslos oder in Kurzarbeit sind, ist es angebracht dass auch wir Politiker_innen uns solidarisch zeigen und den Gürtel enger schnallen.

Die Situation, der wir uns in Niederösterreich derzeit gegenüber sehen, muss nicht noch einmal in all ihren Facetten geschildert werden – die Faktenlage ist hier ganz klar. Wir waren in unserer Lebensspanne noch nie mit einer derartigen Situation konfrontiert. Es ist somit ein Gebot der Stunde, als Politiker_innen persönlich, unmittelbar und über das politische Lenken hinaus, zur Bewältigung der Krise auch finanziell beizutragen.

Der Bruttoverdienst (14x p.a.) eines/einer Landtagsabgeordneten lag zu Beginn der Legislaturperiode 2018 bei 7.004,60 Euro. Klubobleute starteten mit 8.755,80 Euro, wenn sie daneben noch einem anderen Beruf nachgehen bzw. 12.258,10 Euro (ohne zusätzliche Berufsausübung). Die Landtagspräsidenten/die Landtagspräsidentin erhielten ursprünglich 9.631,30 Euro (mit zusätzlichem Job) bzw. 13.133,60 Euro. Ihre Stellvertreter starteten mit 8.755,80 Euro in die Legislaturperiode.

Jetzt - zur Hälfte der Legislaturperiode - beträgt aufgrund der jährlichen Valorisierung das ("normale") Abgeordneten Gehalt 7.273,30 Euro. Ausgehend von 7.004,60 Euro zu Beginn der Legislaturperiode haben sich die Bezüge also um rund 3,5 % erhöht.

In einem ersten Schritt fordern wir NEOS die Aussetzung dieser jährlichen Valorisierung und somit die Bezüge der Mandatar_innen in dieser Legislaturperiode nicht mehr "automatisch" jährlich angehoben werden.

Geht man von einer 2 prozentigen Erhöhung pro Jahr aus, können wir bereits im kommenden Jahr bei den Abgeordneten ohne Zusatzfunktionen rund 115.000 Euro einsparen, was einer Einsparung von rund 300.000 Euro bis zum Ende der Legislaturperiode entspräche. Natürlich sind von dieser Maßnahme (Verzicht auf die automatische Erhöhung) auch die oben definierten Funktionen abseits der "normalen" Mandatar_innen zu berücksichtigen, was das Sparpotential entsprechend deutlich erhöht.

Als Zeichen dessen, dass die Politik auch in Niederösterreich bei sich selbst zu sparen beginnt, sollte in einem ersten Schritt daher die Valorisierung der Abgeordnetengehälter ab sofort, für die laufende Legislaturperiode ausgesetzt werden. Das wäre ein nachhaltiges Signal, der Solidarität mit all jenen, die in der Zeiten der Krise mit teils massiven Einkommensverlusten rechnen müssen.

Im Sinne der kommenden Generationen, die die große finanzielle Belastung schultern werden müssen, dem sparsamen Umgang mit Steuergeld in herausfordernden Zeiten und als ehrliches Signal, dass die Politik auch bei sich selbst zu sparen gewillt ist, stellen die Gefertigten daher folgenden

A n t r a g

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die Valorisierung der Abgeordnetenbezüge, sowie der Bezüge der Klubobleute und der Landtagspräsident_in wird ab sofort für die laufende Legislaturperiode ausgesetzt. Die Landesregierung wird aufgefordert, das dafür Notwendige zu veranlassen.“

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem Rechts- und Verfassung-Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen.